

Die Tarifrunde 2010

Forderungen der Gewerkschaften

Arbeitgeber vermissen Augenmaß

Zur Tarifrunde 2008, als Deutschland eine Phase des Aufschwungs erlebte und die Wirtschaft kräftig wuchs, forderten die Gewerkschaften in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst Gehaltssteigerungen von acht Prozent. Nun, zwei Jahre später, mitten in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik, fordern sie materielle Verbesserungen, die sie mit fünf Prozent beziffern.

Tatsächlich dürfte eine Erfüllung des gesamten Forderungskatalogs deutlich darüber liegen, auch wenn die Gewerkschaften für ihre linearen Entgeltforderungen beim TVöD bislang keine Zahl genannt haben.

Die Forderung beinhaltet u.a. die Wiedereinführung der Bewährungs-, Zeit und Tätigkeitsaufstie-

ge sowie der Vergütungsgruppenzulagen bis zur Vereinbarung der Entgeltordnung zum TVöD, die Fortführung des Altersteilzeittarifvertrages, die Übernahme von Auszubildenden für mindestens 24 Monate und – als ersten Schritt weiterer Forderungen zum TVöD – die Erhöhung des Garantiebetrages bei Höhergruppierungen.

Zusätzliche Forderungen gibt es für den TVöD-K, TVöD-B, TV-V und die TV-N.

In einer ersten Stellungnahme sagte VKA-Präsident Dr. Thomas Böhle: „Ich vermisse bei den Gewerkschaften Augenmaß. Die kommunalen Haushalte sind extrem belastet. Der Schuldenstand wird weiter ansteigen. Angesichts dieser Rahmenbedingungen lassen sich Forderungen, die die

Die Kosten der Forderungen

Nach Gewerkschaftsangaben belaufen sich die Forderungen insgesamt auf ein Volumen von fünf Prozent, was 3,7 Milliarden Euro jährlich ausmachen würde. Eine Personalkostensteigerung von einem Prozent kostet die kommunalen Arbeitgeber rund 740 Millio-

nen Euro. Mehrkosten ergeben sich durch lineare Gehaltssteigerungen, Sockel- oder Mindestbeträge („nachhaltige soziale Komponenten“), die Verlängerung der Altersteilzeit ohne die bisherige gesetzliche Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit und das Weiterlaufen der Zeit-, Tätigkeits- und Bewährungsaufstiege.

Die Gewerkschaften haben in ihren Forderungen keine Zahl für eine lineare Entgeltsteigerung genannt. Die bisher vorliegenden Angaben sind somit noch recht vage und werden wohl spätestens in den Tarifverhandlungen am 13. Januar 2010 konkretisiert werden.

Die Themen im Tarifinfo

| | |
|---------------------------------------|---------|
| Arbeitgeber vermissen Augenmaß | Seite 1 |
| Die Kosten der Forderungen | Seite 1 |
| Termine | Seite 1 |
| Die Forderungen im Überblick | Seite 2 |
| Zum Start der Tarifrunde | Seite 2 |

Kommunen und ihre Unternehmen überschlägig 3,7 Milliarden Euro im Jahr kosten würden, nicht ohne Personalabbau und Einschränkung von öffentlichen Dienstleistungen finanzieren. Beides wollen wir nicht.“

Termine

Für die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen sind drei Verhandlungstermine vereinbart:

Der Auftakt findet am 13. Januar 2010 statt. Für den 31. Januar und 1. Februar 2010 sowie den 11. und 12. Februar 2010 sind zwei weitere Verhandlungsrunden vorgesehen.

Die Verhandlungen finden wieder in Potsdam statt.

Getrennte Tarifverhandlungen finden mit dem Marburger Bund für Ärztinnen und Ärzte an kommunalen Krankenhäusern statt. Auftakt ist hier der 18. Januar 2010 in Frankfurt am Main.

Der Marburger Bund hat angekündigt, seine Forderungen am Montag, 21. Dezember 2009, zu veröffentlichen.

Weitere Informationen unter:
www.vka.de

Vereinigung der kommunalen
 Arbeitgeberverbände (VKA)
 Allerheiligentor 2-4
 60311 Frankfurt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
 Katja Christ
 E-Mail: katja.christ@vka.de

Die Forderungen im Überblick

Gesamtpaket im Volumen von 5 Prozent

- Erhöhung der Entgelte mit nachhaltiger sozialer Komponente, einschließlich der Bereitschaftsdienstentgelte,
- 100 Euro mehr für Auszubildende und Praktikanten,
- Wiedereinführung von Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiegen sowie der Vergütungsgruppenzulagen bis zur Entgeltordnung des TVöD,
- Verlängerung des Altersteilzeitvertrages,
- Übernahmeverpflichtung von Auszubildenden für mindestens 24 Monate,
- Erhöhung des Garantiebetrages bei Höhergruppierungen und die Verständigung über die Behandlung weiteren Regelungsbedarfs, eine weitere Ost-West-Angleichung eingeschlossen.

Zusätzlich für Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungseinrichtungen

- Anhebung des Zeitzuschlags für Nacharbeit auf das allgemeine TVöD-Niveau und Anerkennung der Bereitschaftsdienste in vollem Umfang als Arbeitszeit zur Erfüllung der Voraussetzungen für den Zusatzurlaub bei Nacharbeit und für die Wechselschichtzulage,
- Höherbewertung der Zeiten außerdienstplanmäßiger Arbeit,
- Überstundenzuschläge auch für Teilzeitbeschäftigte.

Zusätzlich für TV-V

- Lineare Entgeltforderung: 5% zuzüglich einer sozialen Komponente,
- Dynamisierung aller Zulagen,
- Vereinbarung von Verhandlungen zu einem Rahmentarifvertrag für Erschwerniszuschläge,

- Angleichung der Arbeitszeit im Tarifgebiet Ost an Tarifgebiet West,
- Verständigung über die Behandlung weiteren Regelungsbedarfs.

Zusätzlich für TV-N

- Zusatzurlaub für Dauernacharbeiter,
- Übernahme der erforderlichen Kosten und der Zeit für Maßnahmen nach dem Berufskraftfahrerqualifizierungsgesetz,
- bezahlter Freizeitausgleich für den 24. und 31. Dezember,
- Verständigung über die Behandlung weiteren Regelungsbedarfs.

Laufzeit

- Nicht länger als bis zum 31. Dezember 2010.

Zum Start der Tarifrunde

Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Kommunen verlangt den Verantwortlichen sehr viel ab. Die finanzielle Situation der Kommunen ist geprägt von wegbrechenden Steuereinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, sowie von wachsenden Ausgaben, und hier besonders bei den von den Kommunen aufzubringenden Sozialleistungen. Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wird – wenn nicht mehr gegengesteuert wird – der negative Finanzierungssaldo weiter ansteigen.

Die Gewerkschaften lässt dies unbeeindruckt. Ein Forderungspaket, das mit seinen strukturellen Inhalten aufaddiert viele Milliarden Euro jährlich kostet, lässt jeden Realitätssinn vermissen. Die Gewerkschaften begründen dies mit der Stärkung der Binnennachfrage und damit, dass die Beschäftigten der Kommunen und ihrer Betriebe an der Krise schuldlos seien. Jeder weiß, auch die Gewerkschaftsfunktionäre, dass mit solchen Äußerungen die Kommunalfinanzen nicht besser werden. Kommunen, die unter Haushaltssicherung stehen und die teilweise nicht einmal mehr ausbilden

dürfen, weil ihnen dies die Kommunalaufsicht untersagt, lassen überdeutlich werden wie es um die Kommunalfinanzen steht.

Die Forderung der Gewerkschaften erfüllen führte zu Arbeitsplatzabbau und Leistungseinschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger. Beides kann nicht gewollt sein. Deshalb kommen wir nicht umhin, die Kommunalfinanzen in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu stellen.

Zuvorderst steht für die VKA in der Tarifrunde 2010 der dringend notwendige **Ausbau der leistungsorientierten Bezahlung** durch eine Steigerung des bisherigen Budgets von nur einem Prozent der jährlichen Gehaltssumme.

Mit einer beachtlichen Reallohnsteigerung in 2008 und 2009 stehen die kommunalen Beschäftigten besser da als viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in der Privatwirtschaft tätig sind. Dies gilt erst recht, wenn sie in Kurzarbeit beschäftigt werden, von Arbeitslosigkeit bedroht oder schlimmer noch betroffen sind. Alles was wir letztlich vereinbaren werden, muss sich am Machbaren orientieren. Davon las-

sen die Gewerkschaftsforderungen allerdings nichts erkennen. Dies lässt auch 2010 harte Verhandlungen erwarten.

Nicht auszuschließen ist, dass zur Gewerkschaftstaktik auch wieder die Mobilisierung der Beschäftigten, zumindest über Warnstreiks, gehören wird. Eine Mobilisierung, die wir im Rahmen der Auseinandersetzungen im Sozial- und Erziehungsdienst 2009 erleben mussten. Dieser Tarifkonflikt steht für eine Entwicklung, die uns alle nicht glücklich machen kann. Die Gewerkschaften nutzten Streiks zur Mitgliederwerbung. Bundespolitiker aller Parteien mischten sich in einem nie dagewesenen Maße zugunsten der Forderungen der Gewerkschaften ein. Nur mit einem komplizierten Abschluss und eigener Entgelttabelle war die Lösung des Konflikts schließlich möglich.

Die VKA wird Sie auch 2010 über Ihren Kommunalen Arbeitgeberverband mit dem TARIFINFO der VKA aktuell über den Stand der Verhandlungen in der Tarifrunde und über etwaige weitere tarifpolitisch bedeutsame Themen informieren.